

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Haushalt, Finanzen und Beteiligungen

Sitzungstermin: Dienstag, den 14.04.2026

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:26 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

stv. Vorsitzender

Herr Bastian Wehmeyer

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Erik Antonczyk

Herr Harald Bathmann

Frau Erika Biermann

Herr Arnold Gossel

Frau Monika Gronewold

Frau Antje Harms

ab 17.03 Uhr (TOP 5)

Frau Almut Kahmann

Frau Gerda Küsel

Vertretung für Herrn Volker Rudolph

Frau Dore Löschen

Herr Stefan Scheller

Beratende Mitglieder

Herr Hendrik Siebolds

von der Verwaltung

Herr Heiko Denekas

Frau Katja Lorenz

Frau Maren Pfaff

Frau Manuela Ideus

Protokollführung

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Volker Rudolph

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Beteiligungen vom
14.04.2026

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bargmann eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 10.03.2026

Das Protokoll vom 10.03.2026 liegt noch nicht vor. Die Genehmigung wird auf die nächste Sitzung verschoben.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Der öffentliche Teil der Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Ein Anwohner erfragt, ob eine Verpackungssteuer erlassen werden müsse und verweist auf die gestiegenen Lebenserhaltungskosten sowie die erhöhten Spritpreise. Nach seiner Auffassung wären Optimierungen und Einsparungen im Haushalt sinnvoller.

Frau Altmann bedankt sich für sein Interesse an diesem Thema.

TOP 6 Kenntnisgaben der Verwaltung

Frau Lorenz gibt bekannt, dass der 1. Nachtragshaushalt in einer zusätzlichen Sitzung am 13.05.2026 vorgestellt werde, damit die Beschlussfassung möglicherweise noch vor der Sommerpause erfolgen könne.

**TOP 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Prüfung über die Einführung einer Verpackungssteuer für Aurich - Mehrweg statt Einweg
Vorlage: ANTRAG 26/018**

Frau Altmann stellt den Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen über die Einführung einer Verpackungssteuer vor. Für sie ist das Verursacherprinzip ursächlich. Mit ihrem Antrag möchte sie die Verwaltung um Prüfung bitten, mit welchem Aufwand, Nutzen und zeitlichen Rahmen eine Einführung der Verpackungssteuer in Aurich einzuschätzen wäre.

Herr Denekas erklärt, dass eine grundsätzliche Debatte zur Einführung einer Verpackungssteuer thematisch im Klimaausschuss erfolgen sollte. Anhand einer Präsentation stellt er die

Vor- und Nachteile einer Verpackungssteuer vor. Die Präsentation ist diesem Protokoll angefügt.

Frau Löschen erklärt, dass Müllvermeidung immer anzustreben sei. Für sie sei es fraglich, ob der Aufwand für 5 – 10% Müllvermeidung seinen Nutzen trage. Sie bemängelt zudem, das unsoziale Verhalten der Müllverursacher.

Herr Antonczyk stellt ebenso die Kosten-/ Nutzenrelation dieser Verpackungssteuer in Frage. Er berichtet, dass bei der diesjährigen ehrenamtlichen Müllsammelaktion weniger Müll als in den Vorjahren aufgesammelt worden sei.

Frau Gronewold berichtet ebenfalls, dass bei der Müllsammelaktion der Müll in freier Landschaft rückläufig gewesen sei. Sie erwähnt, dass viele Zigarettenkippen und „Flachmänner“ gefunden worden seien. Ergo müsse nach dem Gerechtigkeitsprinzip auch hierfür eine Steuer erhoben werden. Zudem sehe sie es kritisch, wenn Gastronomen dadurch zusätzlich belastet werden. Hierbei müsse man auch an die unzähligen Traditionsfeste wie z.B. Maibaumfeier denken.

Herr Gossel äußert sich ebenfalls sehr negativ über die Unsitte einiger, den Müll einfach so in der Natur zu entsorgen. Einer Überprüfung durch die Verwaltung stehe er nicht entgegen, allerdings sei für die Einführung einer Verpackungssteuer keine Bereitschaft vorhanden.

Herr Bathmann bestätigt, dass bei der Müllsammelaktion in diesem Jahr deutlich weniger Müll als in den Vorjahren vorgefunden worden sei. Für ihn sei wichtig, dass auf Bundesebene eine einheitliche Regelung gefunden werde und die Bürokratie nicht überhandnehme.

Herr Siebolds stimmt einer Überprüfung der Verwaltung zu. Allerdings stehe er einer Einführung der Verpackungssteuer kritisch gegenüber, da diese unnötige Ressourcen verschwende. Einige Gastronomen verkaufen nicht außer Haus.

Herr Wehmeyer erwähnt, dass die Universität Tübingen zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangt sei.

Herr Bargmann schlägt vor, eine Projektgruppe, bestehend aus der FD 12 (Finanzen), FD 26 (Klima) und FD 18 (Stadtmarketing) zu gründen. Diese solle Kosten und Aufwand zur Einführung einer Verpackungssteuer erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 8 Haushaltsoptimierung

Herr Denekas stellt anhand einer Präsentation eine Übersicht der Steuern der Stadt Aurich vor. Diese Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Frau Löschen erfragt, ob die Gewerbesteuererinnahmen nach Gewerbegebieten aufgeteilt werden können.

Herr Denekas erwidert, dass dies aus Gründen des Steuergeheimnisses nicht möglich sei. Zudem können die Daten nicht valide erfasst werden.

Herr Siebolds erfragt, wie sich bei der Zweitwohnungssteuer der Anteil von Aufwand und

Nutzen verhalte.

Herr Denekas erläutert, dass sich der Bereich im Plus befände.

Frau Altmann erfragt, wieso die Niederschlagsgebühr nicht mit aufgeführt sei. Dies wäre eine zusätzliche Einnahmequelle.

Herr Bargmann erwidert, dass es sich bei der Niederschlagsgebühr nicht um eine Steuereinnahme handeln würde und somit nicht mit aufgeführt sei.

Herr Antonczyk erfragt, warum die Erhebung der Grundsteuer C nicht mit aufgeführt worden sei.

Frau Lorenz erklärt, dass der Niedersächsische Städtetag von einer Erhebung abgeraten habe.

TOP 9 Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 10 Einwohnerfragestunde

Ein Anwohner erfragt, ob ein Bürgerentscheid zu einer möglicherweise geplanten Übernachtungs- oder Verpackungssteuer erfolgen könnte.

Herr Bargmann erläutert, dass ein Bürgerentscheid prinzipiell möglich sei, allerdings könne dies nicht aus diesem Gremium erfolgen.

TOP 11 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Bargmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.53 Uhr.